

Für ein **wirklich** soziales Weimar

Das Wahlprogramm

Am 7. Juni 2009
Kommunalwahl
Liste 2

DIE LINKE.

Stadt Weimar

www.die-linke-apolda-weimar.de

Erstellt von Karin Scholz,
Gudrun Wolfram, Hans-Jürgen
Fuchs, Pierre C. Deason-
Tomory, Thomas Hartung,
Dirk Möller, Jan Tampe sowie
weiteren Vertreterinnen und
Vertretern Weimarer Basis-
organisationen.

Angenommen von der
Gesamtmitgliederversammlung
der Weimarer Linkspartei
am 7. März 2009.



Für ein wirklich soziales Weimar

Kommunalwahlprogramm

Kreisverband DIE LINKE. Apolda/Weimar
zur Kommunalwahl 2009 in der Stadt Weimar

2004–2009

Fünf Jahre linke Politik für ein wirklich soziales Weimar. Was wir erreicht haben und was wir nicht verhindern konnten.

Die Kommunalwahl 2004 brachte die PDS in eine neue Situation. Sie erreichte ihr bis dato bestes Ergebnis, doch zog mit dem »Bürgerbündnis Weimarwerk« eine weitere konservative Kraft in den Stadtrat ein, deren Vorsitzender noch am Wahlabend verkündete, mit allen Parteien außer der PDS zu reden. So bildeten die CDU und das Weimarwerk eine Koalition, die mit Fraktionszwang und ähnlichen starren Mitteln durchgeführte, bis sie 2008 im Streit auseinander ging.

Dieser ideologische Ausgrenzungsversuch hinderte unsere Fraktion nicht daran, umgehend für Weimar wichtige Sachfragen anzugehen.

// **Wir setzten einen Unterausschuss** zum Thema Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz durch, dessen Arbeit gegen den Widerstand von Stadtverwaltung und CDU zur Verabschiedung eines Feuerwehrbedarfsplanes und einer Feuerwehrsatzung führte.


// **Wir konnten nicht verhindern**, dass das städtische Hufeland-Klinikum privatisiert worden ist. DIE LINKE verhinderte aber, dass die »Klinik-Millionen« zur Schulden tilgung einge-

setzt und auch in hochspekulative Wertpapiere angelegt wurden. Stattdessen haben wir dafür gesorgt, dass mit dem Geld derzeit Weimars Schulen und Kindertagesstätten saniert werden.

// **Im Jahr 2007** bereitete die Koalition aus CDU und Weimarwerk den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft »Wohnstätte« vor. Daraufhin initiierte die Weimarer LINKE eine Bürgerinitiative mit vielen Mitstreitern, mit deren Hilfe die Privatisierung der lukrativen Wohnungsgesellschaft verhindert werden konnte. Damit blieben die Mieten sozial verträglich. Gleichzeitig können die Überschüsse der Wohnstätte jetzt in die dringend notwendigen Sanierungen von Kindertagesstätten und Schulen gesteckt werden.

// **Im vergangenen Jahr** setzten wir mit unermüdlichem Einsatz in Stadtrat und Verwaltung unser Programm »Arbeit für Weimar« durch, das jetzt 35 Langzeitarbeitslosen einen voll sozialversicherten, dauerhaften Arbeitsplatz sichern wird. Da ist noch mehr drin, wir bleiben dran!

// **DIE LINKE hat sich eindeutig** zum Deutschen Nationaltheater in seiner jetzigen Form bekannt, warnte aber auch als einzige Fraktion bereits bei der Verabschiedung des Staatstheatervertrages vor der nach wie vor ungedeckten Finanzierung des DNT. Wir fordern die Landesregierung auf, ihren Beitrag zu leisten, das Budget des Staatstheaters dauerhaft abzusichern.




CDU und Weimarwerk begannen ihre Arbeit als Koalition im Stadtrat mit kurzfristigen Streichungen im Kinder- und Jugendetat. Sie kürzten trotz der Bürgerproteste, trotz unserer Einwände und Mahnungen und gegen die Interessen der Jugendlichen drastisch das Budget für Kinder- und Jugendarbeit. Wir werden diese Fehlentscheidung korrigieren.

DIE LINKE setzte im Rahmen des Projekts »Soziale Stadt« in Schöndorf durch, dass das Jugendklub-Provisorium »Café Conti« durch einen Neubau ersetzt wird.

Durch eine Initiative im Stadtrat haben wir dafür gesorgt, dass an Weimarer Schulen in Zukunft Trinkwasserbrunnen installiert werden. Es geht also auch anders.

**Für ein wirklich soziales
Weimar. Links wirkt!**

Eins. Soziale Sicherheit, ein Leben ohne Armut, Familien- und Kinderfreundlichkeit sowie die Berücksichtigung der Lebensbedürfnisse der älteren BürgerInnen sind Grundanliegen linker Politik.




Als Kern einer soliden Sozialpolitik sieht DIE LINKE die Erhaltung der vorhandenen sowie die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze auf der Grundlage des gültigen Tarifsystems bei Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohnes. Wir sind gegen jeden weiteren Versuch, aus dem kommunalen Arbeitgeberverband auszutreten. Wir fordern vielmehr die Rücknahme bereits erfolgter Tarfkürzungen wie z. B. bei den Angestellten der städtischen Müllabfuhr.

DIE LINKE sieht in den Ein-Euro-Jobs keine Lösung der Arbeitsmarktprobleme. Wir werden alles dafür tun, möglichst viele dieser prekären Arbeitsgelegenheiten in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umzuwandeln. Dafür werden wir zum Beispiel für die Ausweitung unseres Programms »Arbeit für Weimar« eintreten.

Ziel ist die Schaffung weiterer dauerhafter Arbeitsplätze im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

Den Bürgerinnen und Bürgern, die dennoch hilfebedürftig bleiben, gilt unser besonderer Einsatz. Wir fordern daher: Die zu erstattenden Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger und andere Bedürftige müssen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf angehoben werden.

Die städtischen Töchter müssen Sozialtarife für Nahverkehr, Energie und Wasser anbieten. Wir verlangen darüber hinaus, dass alle Gerichtsurteile zu Gunsten dieser Menschen spätestens acht Wochen nach Erlangung der Rechtskräftigkeit umgesetzt werden.




Die Kontrollen der »Sozialfahnder« der ARGE verstoßen gegen die im Artikel 13 Grundgesetz garantierte Unverletzlichkeit der Wohnung. DIE LINKE fordert die Einstellung dieser Kontrollen in Weimar.

In diesem Zusammenhang hat DIE LINKE im Stadtrat einen Antrag zur Schaffung eines so genannten ARGE-Beirates als Beratungs- und Kontrollinstanz eingebracht.

Alle Einrichtungen zur Beratung, Prävention und Hilfe sind integrale Bestandteile einer nachhaltigen Sozialpolitik. DIE LINKE ist gegen jede Kürzung oder Streichung in diesen Bereichen. Wir sind für die Verbesserung der Angebote und die Anhebung der Förderung beispielsweise für die Suchtprävention, die Schuldnerberatung und die AIDS-Hilfe.

Sozialpolitik ist ohne glaubhafte Senioren- und Gleichstellungspolitik undenkbar. DIE LINKE fordert den Abbau aller Barrieren für ältere oder behinderte Bürger. Wir werden dafür sorgen, dass u. a. auch die Hauptpost, das Gebäude Goetheplatz 9b als Sitz vieler Organisationen, der Lokalsender Radio LOTTE, die Weimarer Museen, auch die der Klassik Stiftung Weimar, barrierefrei gestaltet werden. Wir treten dafür ein, dass die Internetseite der Stadt so gestaltet wird, dass auch Behinderte diese uneingeschränkt nutzen können.

Um den Bedürfnissen auch unserer älteren Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden, wird die neue Fraktion einen Seniorenbericht einfordern. Wir verpflichten uns, die sich daraus abzuleitenden Aufgaben konsequent umzusetzen.



Eine unserer wichtigsten Forderungen in diesem Bereich ist die gleichberechtigte Errichtung und Ausstattung von Seniorentreffs sowie von Generationen übergreifenden Projekten in allen Bürgerzentren.


DIE LINKE steht auch auf kommunaler Ebene für die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern. Frauen werden weiterhin durch die Gesellschaft benachteiligt. Die Weimarer LINKE steht für den Erhalt des Frauenzentrums und seine bessere finanzielle und personelle Ausstattung.

**Für eine gleichberechtigte
Teilhabe aller Mitbürgerinnen
und Mitbürger. Links wirkt!**

Zwei. DIE LINKE steht für ein lebenswertes Weimar. Im Stadt- zentrum wie in den Ortsteilen.

Gesellschaftliches Leben muss nach Auffassung der LINKEN in den Ortsteilen ebenso stattfinden und gefördert werden wie im Stadtzentrum. Zu diesem Zweck fordern wir die Einrichtung von Bürgerzentren in allen Stadtteilen. Diese Zentren sind als Begegnungsstätten mit kostenfreien Internetarbeitsplätzen zu konzipieren und finanziell so auszustatten, dass sie die Kommunikation zwischen den Generationen, zwischen den Kulturen und auch zwischen sozialen Schichten ermöglichen.

Darüber hinaus fordert DIE LINKE, in den Bürgerzentren kostengünstige Mittagstische anzubieten.




DIE LINKE tritt dafür ein, dass der Stadtrat den spezifischen Charakteren und Besonderheiten der Ortsteile Rechnung trägt und die Kompetenzen von Ortschaftsräten ausbaut und stärkt. DIE LINKE hat sich mit Nachdruck in die Umsetzung des Stadtteil-Projektes »Soziale Stadt Schöndorfa« eingebracht und dabei den Bau eines festen Jugendklubs durchgesetzt. Wir werden das Projekt weiterhin tatkräftig unterstützen.

DIE LINKE will das Schwanseebad in der jetzigen Größe und unter Berücksichtigung der Aspekte des Denkmalschutzes erhalten.

Ein lebenswertes Weimar ist auch ein Weimar, in dem man sich sicher fühlt. Zu diesem Zweck fordert die Weimarer LINKE u. a. die konsequente Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplanes. Die Ausrüstungsbeschaffung nach Kassenlage muss ein Ende haben. DIE LINKE lehnt Sparen auf Kosten der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ab.

DIE LINKE Weimar sieht sich in der Pflicht, zwischen berechtigten Sicherheitsinteressen einerseits und dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit andererseits zu vermitteln. Konkret heißt das u. a.: Wir wehren uns gegen jeden Versuch, alternative Jugendkultur zu kriminalisieren.

In diesem Zusammenhang sehen wir die Arbeit des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Weimar als besonders hilfreich an. Instrumente eines Überwachungsstaates, wie die Videoüberwachung öffentlicher Plätze, lehnen wir ab.



Ein wichtiges Instrument der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung ist das Bürgerbüro geworden. Hier hat sich der Service für die Bürgerinnen und Bürger konkret verbessert. Die Angebote, Dienstleistungen der Stadtverwaltung über das Internet zu organisieren, müssen jedoch weiter ausgebaut werden. Insgesamt erwartet und fordert DIE LINKE eine regelmäßige Anpassung der Leistungen der Verwaltung an die sich ständig verändernden Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger.


**Für ein Miteinander aller
Bürgerinnen und Bürger
unserer Stadt. Links wirkt!**

Drei. Für eine konsequente Jugendförderung.

Eine der ersten Handlungen der Koalition von CDU und Weimarwerk war eine drastische Kürzung des Jugendhilfeeats. DIE LINKE fordert nicht nur die Rücknahme dieser Kürzung, sondern tritt für eine nachhaltige Änderung dieser Förderpraxis ein. Entscheidend muss der tatsächliche Bedarf sein. DIE LINKE fordert vertragliche Bindungen zwischen Stadt und freien Trägern, die die notwendigen Mittel vor pauschalen Kürzungen ebenso wie vor vorläufiger Haushaltsführung bewahrt.

Die Fraktion der LINKEN im neuen Stadtrat wird dafür sorgen, dass die finanziellen Zuschüsse aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung hauptsächlich für soziale Projekte und Bildungsmaßnahmen eingesetzt werden, die den Kindern und Jugendlichen unserer Stadt zugute kommen.

Die Jugendklubs und andere Einrichtungen von Trägern der Jugendhilfe müssen erhalten und ausgebaut werden. DIE LINKE




fordert mehr sozialpädagogisches Personal und eine bessere Ausstattung der Einrichtungen, die auch über den Haushalt finanziell abgesichert sind. Auch die alternativen Jugendzentren – wie der »Gerberstraße 1« e.V. – müssen weiter von der Stadt unterstützt werden.

Das Landschulheim Tonndorf des Landkreises Weimarer Land wird auch von Schülerinnen und Schülern der Stadt Weimar besucht. Um günstigere Konditionen für die Weimarer Schulen zu ermöglichen, wird DIE LINKE eine Beteiligung der Stadt Weimar am Landschulheim beantragen.

DIE LINKE verpflichtet sich, Kinder aus sozial benachteiligten Familien besonders zu fördern. Die Armut von Familien darf nicht dazu führen, dass die Kinder von Bildungschancen abgeschnitten werden.

Hungrige Schüler sind eine Schande für unsere Gesellschaft. Deshalb streiten wir für eine kostenfreie Kita-Betreuung und ein kostenloses Mittagessen an allen Schulen. DIE LINKE wird eine Initiative starten, die jedem Kind aus sozial benachteiligtem Umfeld kostenlos Schulmaterialien zur Verfügung stellt.

Wir nehmen die Forderungen, die auf dem Weimarer »Kinder Gipfel« aufgestellt worden sind, ernst und werden in der neuen Legislaturperiode ihre Verwirklichung angehen: Zum Beispiel die Sanierung des Schwanseebades, eine Verbesserung der Radwege, eine Ausstattung aller Ampelanlagen mit einem Signalton und kostenfreie Freizeitmöglichkeiten auch in der



Innenstadt. Wir betrachten Jugendliche und Kinder als willkommenen, lebendigen Teil unserer Stadt. Wir setzen uns daher gegen alle Versuche zur Wehr, Jugendliche und Kinder aus dem Stadtzentrum herauszudrängen.


Entgegen der konservativen Jugend- und Sportpolitik der Weimarer CDU tritt DIE LINKE für eine Öffnung der Jugend-sportförderung hin zum nicht vereinsgebundenen Sport ein. Kinder aus sozial benachteiligten Familien können sich eine Vereinsmitgliedschaft oft nicht leisten. Ihnen würde es zum Beispiel sehr helfen, wenn überall wohnortnah Bolzplätze und Basketballfelder eingerichtet würden.

DIE LINKE begrüßt die kostenlose Nutzung der Stadtbibliothek für Kinder. Wir werden beantragen, dass die Gratisnutzung künftig für alle Schüler, Auszubildende und Studierende gilt. Die Bibliothek muss finanziell so ausgestattet sein, dass sie dauerhaft ein attraktives Angebot vorhalten kann. Um den Service der Stadtbibliothek auch in den zentrumsfernen Orts-teilen erreichbar zu machen, schlägt DIE LINKE eine Beteiligung der Stadt an der Fahrbibliothek des Landkreises vor.

**Die Kinder sind unsere Zukunft.
Wir wollen in sie investieren.
Links wirkt!**

Vier. DIE LINKE
steht für ein
demokratisches,
solidarisches,
gewaltfreies
und friedliches
Miteinander
in unserer Stadt.

DIE LINKE fordert ein konsequentes und offensives Vorgehen gegen jede Form von Rechtsextremismus, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Das bedeutet auch, dass die Stadt Weimar mit ihrer Geschichte eine besondere Verpflichtung hat, Rechtsextremen kein Podium zu bieten. Dazu verlangen wir von der Stadtspitze, endlich wieder strikt alle rechtlichen Mittel zur Verhinderung,




mindestens aber zur Einschränkung sämtlicher rechtsextremer Aktivitäten einzusetzen.

Wir fordern die Stadt auf, freie Träger und Vereine nur noch dann zu fördern, wenn diese in ihrer Satzung mit einer Unvereinbarkeitsklausel rechtsextremistisches Gedankengut ausschließen.

DIE LINKE unterstützt die Arbeit des BürgerInnenbündnisses gegen Rechtsextremismus in seiner Arbeit. Weitergehend fordern wir von der Volkshochschule der Stadt, ihr Angebot zur politischen und demokratischen Bildung auszubauen.

Unsere Solidarität gilt den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, denen bei Aktionen gegen Rechtsextremisten aus Handlungen der Zivilcourage und des zivilen Ungehorsams persönliche Nachteile entstehen.

Als Beitrag zum gegenseitigen Kennenlernen unterstützen wir jedes Projekt, das – ähnlich wie die »Interkulturellen Wochen« oder das »Interkulturelle Neujahrsfest« – geeignet ist, Begegnungen zu fördern. Gleichzeitig wehren wir uns gegen die Ghettoisierung einiger Stadtteile und fordern eine bessere individuelle Förderung der Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund. Weimar mit seiner widersprüchlichen Geschichte muss beim Umgang mit Flüchtlingen Vorbild sein. DIE LINKE wird deshalb alles tun, damit das Leben von Flüchtlingen in der Stadt spürbar verbessert wird. Konkrete Maßnahmen wären: die Abschaffung von Massenunterkünften, die Unterbringung in Wohnungen, die Abschaffung der Lebensmittelgutscheine zugunsten der Ausgabe von Bargeld, kostenlose Dauerfahrtscheine für den städtischen Busverkehr.



Im Kampf gegen rassistisches, migrantenfeindliches und antisemitisches Gedankengut und Diskriminierung setzt DIE LINKE auf die verstärkte Integration aller Migranten mit dem Ziel, ihnen die gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Gleichzeitig sehen wir im Dialog und im Abbau von Kommunikationshemmnissen einen gangbaren Weg zu Toleranz und Akzeptanz. DIE LINKE Weimar legt Wert auf die Feststellung, dass unter Integration nicht die kulturelle Assimilation oder die Unterwerfung von Minderheiten unter eine »Leitkultur« zu verstehen ist.


Eine bürgernahe, nachvollziehbare Kommunalpolitik ist ein wesentlicher Eckpunkt im Kampf gegen Rechtsextremismus ebenso wie gegen Politikverdrossenheit. DIE LINKE fordert daher die Einführung und Anwendung verbindlicher Instrumente direkter Demokratie.

Darüber hinaus müssen die Entscheidungen der Stadtverwaltung und damit auch des Stadtrates für den Bürger nachvollziehbar, ja erlebbar werden. Aus diesem Grund bieten unsere Stadträte regelmäßig Bürgersprechstunden an. Wir werden beantragen, dass im Sinne der Transparenz künftig alle Ausschüsse öffentlich tagen.

Gehen Sie wählen. Wer nicht wählt, unterstützt die Rechten.
Links wirkt!

Fünf. DIE LINKE
steht für eine
Vermittlung
zwischen den
gleichberechtigten
Interessen des
motorisierten und
des nichtmotori-
sierten Verkehrs.

DIE LINKE beteiligt sich weiterhin an der Erarbeitung eines tragfähigen Verkehrsentwicklungsplans, begreift diesen aber als Prozess einer permanenten Überprüfung und Anpassung an sich ständig ändernde Grundvoraussetzungen. DIE LINKE bekennt sich in diesem Zusammenhang




zur Forderung nach einer Ostumfahrung der Stadt Weimar. Dabei müssen ökologischer wie ökonomischer Nutzen und die Beeinträchtigung der Natur in einem angemessenen Verhältnis stehen. Das muss bei der Trassenplanung berücksichtigt werden. Da neben diesen Kriterien in erheblichem Maße Bürgerinteressen berührt werden, fordert DIE LINKE Weimar eine Bürgerbefragung zur Ostumfahrung. Die neue Linksfraktion wird sich verpflichten, dem Bürgervotum zu folgen.

DIE LINKE sieht als Ziel ihrer Verkehrspolitik die weitere Verkehrsberuhigung der Innenstadt. Dies ist allerdings nur mit einem attraktiven und leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr möglich. Hierbei ist eine zuverlässige und bedarfsgerechte Anbindung aller Stadtteile auch in den Abendstunden unumgänglich.

DIE LINKE ist dabei für innovative Lösungen offen, wie zum Beispiel das Zusammenlegen von Linien oder den Einsatz von kleinen Ruf- oder Bedarfsbussen. Diese Maßnahmen können auch durch die Einführung eines Systems von Vergünstigungen für sozial Benachteiligte und Semestertickets für Studierende unterstützt werden. Die Angebote im Park-&-Ride-System müssen ausgebaut werden. An diesen Standorten müssen öffentliche Toiletten errichtet werden.

Die Feinstaubbelastung ist ein Gesundheitsrisiko für Jung und Alt in der Innenstadt. DIE LINKE Weimar wird sich dafür einsetzen, dass der Verkehrsentwicklungsplan unter besonderer Berücksichtigung dieser Problematik fortgeschrieben wird.



Eine besondere Rolle spielt in Weimar der Fahrradverkehr, den DIE LINKE fördern und ausbauen will. Wir fordern die Instandhaltung und den weiteren Ausbau des Radwegenetzes in Weimar und zur Anbindung der Ortsteile. Darüber hinaus unterstützen wir den Ausbau eines Systems öffentlicher Fahrradverleihsstationen.

Die Linke setzt sich für eine weitere Verbesserung der Verkehrssicherheit im Umfeld unserer Schulen ein. Dazu fordern wir den Einsatz von Schülerlotsen an allen Schulen.

**Ein mobiles Weimar kann
auch umweltfreundlich sein.
Links wirkt!**


Sechs. Für
DIE LINKE sind
kulturelle Einrich-
tungen auch
Lernorte für
Demokratie und
Toleranz, inter-
kulturellen Dialog,
für die Entfaltung
von Kreativität
und sozialer
Kompetenz.

Für DIE LINKE in der Kulturstadt Weimar ist ein ausgewogenes Verhältnis der Hoch- und Breitenkultur das wesentliche Ziel kommunaler Kulturförderung für ein attraktives und individuelles Kulturangebot.

DIE LINKE bekennt sich vorbehaltlos zum Fortbestand des DNT als eigenständiges Drei-Sparten-Haus. Einer Fusion mit anderen Häusern werden wir uns mit allen Mitteln widersetzen. Dennoch fühlen wir uns auch weiterhin verpflichtet, die ungeklärte Finanzierungsfrage, die sich aus dem Beitritt des Staatstheaters in die Tarifsysteme und den begrenzten Zuschüssen vom Land und der Stadt ergeben, weiter zu thematisieren.

Für die Beseitigung dieses Geburtsfehlers des Staatstheatervertrages muss rechtzeitig eine Lösung erarbeitet werden. Mit den bisherigen Vereinbarungen ist die äußerste Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit Weimars bereits erreicht.

DIE LINKE wird eine bedarfsgerechte Förderung freier Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Kulturinitiativen beantragen und verteidigen. Die haupt- und ehrenamtliche Arbeit von Vereinen wie zum Beispiel dem D.A.S.-Jugendtheater im »stellwerk«, dem Kinderzirkus Tasifan, in den Gerberstraßenhäusern, im C-Keller und in den Jugendklubs in den Ortsteilen ist extrem wertvoll und im Sinne des Wortes – unbezahlbar. An den nötigen Mitteln, um Ehrenämter strukturell abzusichern, darf es nicht fehlen. In diesem Zusammenhang setzt sich DIE LINKE für den Erhalt des Jugend- und Kulturzentrums »monami« einschließlich eines kommunalen Kinos ein.



DIE LINKE streitet für eine spürbare Erhöhung des Budgets der Volkshochschule, um ein an den Interessen und Bedürfnissen aller Bürgerinnen und Bürger orientiertes Programm im Sinne eines lebenslangen Lernens zu erstellen. Wir werden alles versuchen, die Landesregierung hier wieder in die Pflicht zu nehmen.


DIE LINKE fordert ein Kulturentwicklungskonzept, das durch die Stadtkulturdirektion zu erarbeiten ist. Hierin sollen sich kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungslinien der Weimarer Kultur widerspiegeln. In diesem Prozess werden wir eine möglichst breite Bürgerbeteiligung einfordern.

Dieses Kulturentwicklungskonzept muss auch die Bedürfnisse der städtischen Tourismusbranche berücksichtigen. Eine Beteiligung der entsprechenden Interessenvertretungen ist unumgänglich.

DIE LINKE begrüßt die Initiative für ein Bauhausmuseum. Sie wird die weitere Ausgestaltung des Konzeptes für ein neues Bauhausmuseum kritisch begleiten.

**Für eine Öffnung
des kulturellen Angebotes
für alle. Links wirkt!**

Sieben. DIE LINKE
steht für eine
erträgliche
Belastung der
BürgerInnen
durch Abgaben
und Gebühren.
Sie setzt auf ein
Wachstum der
mittelständischen
Wirtschaft.



Eine direkte Wirtschaftsförderung auf kommunaler Ebene ist ohne prinzipielle Änderung der finanziellen Ausstattung schwer vorstellbar. Aus diesem Grund konzentriert sich DIE LINKE auf eine indirekte Förderung durch Verbesserung der Zusammenarbeit von Kommune und Betrieben.


Ein wesentliches Problem in diesem Zusammenhang ist die schleppende Begleichung von Rechnungen der regionalen Wirtschaftsunternehmen durch die Verwaltung.

DIE LINKE fordert hierbei neue Regeln. Ziel muss die Bezahlung jeder Rechnung innerhalb von vierzehn Werktagen nach Eingang sein. Darüber hinaus müssen alle Möglichkeiten geprüft werden, städtische Aufträge möglichst an tarifgebundene Unternehmen der Region zu vergeben.

Viele Weimarer wollen ihre Häuser in Richtung Energieeffizienz und Umweltschutz umbauen, zum Beispiel durch die Installation von thermischen Solaranlagen. Sie sind in der Vergangenheit aber häufig an zu eng ausgelegten Regeln für den Denkmalschutz gescheitert.

Wir werden auf die Stadtverwaltung Druck ausüben, damit ein vernünftiger Ausgleich zwischen den Interessen des Denkmalschutzes und der Hauseigentümer gefunden wird. DIE LINKE will hier Vorreiter sein im Sinne von nachhaltigem Umweltschutz, der Arbeitsplätze in der Region schafft.

Ein wesentliches Segment der Weimarer Wirtschaft ist der Tourismus, der Geld in die städtischen Kassen spült. Die Ab-




gabenlast der Unternehmen in dieser Branche kann jedoch nicht weiter erhöht werden. Deshalb müssen Konzepte erarbeitet werden, wie der Besuch von Tagestouristen in Weimar der Stadt mehr Einnahmen bringt, ohne die Besucher zu verschrecken und die Branche unmäßig zu belasten.

Als weitere Aufgabe der nächsten Jahre erkennt DIE LINKE die Profilierung der Universitätsstadt Weimar als Medienstadt. Wir fordern die Entwicklung eines zentralen Zentrums für Radio- und Fernsehsender, wie Antenne Thüringen, MDRI Radio Thüringen, Radio LOTTE Weimar, Salve TV, anderen Medien-schaffenden und -unternehmen.

Filmproduzenten sowie Existenzgründungen aus dem Umfeld der Bauhaus-Universität müssen gezielt gefördert werden. Die dazu eingerichtete Stabsstelle im Rathaus bleibt hier weit hinter den Erwartungen und Ankündigungen zurück und bedarf einer prinzipiellen Überprüfung. Wir sehen weiterhin als Ziel, solche studentischen Projekte der einzelnen Fakultäten an der Bauhaus-Uni zu unterstützen bzw. zu fördern, die dazu beitragen, die Stadt Weimar als lebendige und offene Kultur- und Studentenstadt zu bereichern.

Der Stadtrat hat großen Einfluss auf die Geschäftspolitik der städtischen Unternehmen wie Stadtwirtschaft und Weimarer Wohnstätte. Wir werden diesen Einfluss konsequent im Sinne der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen. Wir werden deshalb das kommunale Eigentum der öffentlichen Daseinsfürsorge erhalten und möglichst ausbauen, so wie uns das 2007



mit Hilfe der engagierten Weimarer Bürgerinnen und Bürger gelungen ist, als die Wohnstätte privatisiert werden sollte. Wir werden diese Unternehmen in die Pflicht nehmen, gesellschaftlich gewollte Entwicklungen zu fördern. DIE LINKE erwartet von den Stadtwerken eine umweltgerechte, dezentralisierte Energieversorgung.

Die Bewirtschaftung öffentlicher Einrichtungen nach dem so genannten PPP-Prinzip (*Public Private Partnership*) ist kein Sparmodell, sondern Privatisierung öffentlichen Eigentums und verdeckte Kreditaufnahme und wird deshalb von der LINKEN grundsätzlich abgelehnt.

**Gemeinsam für ein
wirtschaftlich starkes
Weimar. Links wirkt!**

»Wir wollen keine Alternativen zwischen Frieden, Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Demokratie. Nein, wir wollen all dies zusammen und zwar im Höchstmaß und dürfen auf nichts davon verzichten.«

Gregor Gysi am 6. Februar 2009 zum Abschluss des Festaktes der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum 90. Jahrestages der Weimarer Republik im Deutschen Nationaltheater Weimar



Platz 1



Platz 2



Platz 3



Platz 4



Platz 5



Platz 6



Platz 7



Platz 8



Platz 9



Platz 10



Platz 11



Platz 12



Platz 13



Platz 14



Platz 15



Platz 16



Platz 17



Platz 18



Platz 19



Platz 20



Platz 21

Gemeinsam für Sie!

Dies sind unsere StadtratskandidatInnen auf einen Blick. Mehr über sie im Internet unter www.die-linke-apolda-weimar.de oder in den Extra-Flyern.

Kontakt: Kreisverband
DIE LINKE. Apolda/Weimar //
Marktstraße 17 · 99423 Weimar
// Telefon: (0 36 43) 20 26 45
Fax: 20 26 13 // Internet:
www.die-linke-apolda-weimar.de
E-Mail: die-linke-apolda-weimar@t-online.de

Gehen Sie wählen. Demokratisch.



DEINE STIMME
GEGEN NAZIS!